

Präventive grüne Drogenpolitik statt repressiver Brandenburger Drogensumpf

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BRANDENBURG fordert eine liberalere, verantwortungsvolle Drogenpolitik. Die Reduzierung von Gesundheitsrisiken soll der zentrale Aspekt unserer Politik sein. Die Bürger*innen Brandenburgs sehen wir als mündige Menschen, die wir mit unserer Politik unterstützen wollen.

Die derzeitige Drogenpolitik ist gescheitert. Gerade die Zahl junger Cannabiskonsument*innen steigt trotz repressiver Maßnahmen weiter an. Insbesondere bei Konsument*innen im Heranwachsendenalter besteht aber auch die Gefahr nachhaltiger Schäden. Auf den Schwarzmarkt hat die Politik jedoch keinen Zugriff. Deshalb wollen wir den Cannabisvertrieb und Konsum aus dem rechtsfreien Raum holen und unter staatliche Kontrolle stellen. Eine Entkriminalisierung muss zugleich mit einer umfassenden Ausweitung und Verbesserung präventiver Angebote verknüpft werden.

Daher fordert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BRANDENBURG:

- Die Brandenburger Landesregierung soll das Cannabismodellprojekt des Berliner Senats zur legalen Abgabe unterstützen, das durch hohe Standards einen geregelten und qualitätsgesicherten Vertrieb und einen Zugang zu Personen mit problematischem Konsumverhalten sicherstellt. Zusätzlich dazu müssen Regelungen bezüglich der Entkriminalisierung des Mitführens von Cannabis und des eigenen Anbaus an die Berliner Rechtslage angepasst werden. Wir wollen uns dafür an den Richtlinien des 2015 von der Bündnisgrünen Bundestagsfraktion eingebrachten Entwurf eines Cannabiskontrollgesetzes orientieren.
- Darüber hinaus fordern wir die konsequente Umsetzung des § 31a des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG), nach dem der Besitz illegalisierter Substanzen auf Grundlage des Eigenbedarfs in geringen Mengen als strafrechtlich unbedenklich eingestuft werden kann.

Die Erfahrung zeigt, dass es trotz aller staatlichen Eingriffe immer Menschen mit problematischem Konsumverhalten geben wird. Diese Menschen wollen wir mit einer Ausweitung des präventiven Angebots in Brandenburg unterstützen. Daher fordern wir insbesondere:

- Die Einrichtung sogenannter Drogenkonsumräume. Diese sollen Möglichkeiten bieten, Drogen steril zu injizieren. Ansprechpartner*innen vor Ort sollen eine gesundheitliche Überwachung ermöglichen und Entzugsprogramme vermitteln. Damit wollen wir vor allem opiatabhängigen Menschen helfen und deren Rehabilitierungschancen deutlich steigern. Auch eine kostenfreie Mitnahme von sterilem Injektionsmaterial soll dort möglich sein. Ebenfalls soll geprüft werden ob die finanzielle Förderung sogenannter Spritzenautomaten zur Beschaffung steriler Spritzen in Brandenburg eine sinnvolle Ergänzung darstellt. Dies gilt insbesondere auch für die brandenburgischen Justizvollzugsanstalten. Dort ist zudem die Verfügbarkeit einer Substitutionsbehandlung und ein geregelter Übergang in die Systeme der Gesundheitsversorgung bei Haftentlassung sicherzustellen.
- Ein großes Problem ist, dass Konsument*innen oft keine Informationen über den Reinheitsgehalt der konsumierten Substanzen haben. Dem wollen wir durch sogenannte DrugChecking-Programme begegnen. Im Rahmen dieser soll es die Möglichkeit geben, kostenfrei den Reinheitsgehalt von Substanzen überprüfen zu lassen. Die Risiken durch gefährliche Streckmittel oder zu hoch dosierte Präparate können dadurch deutlich reduziert werden. Durch die Erhebung anonymisierter Daten über gängige Konsummuster und beliebte Substanzen in Brandenburg wollen wir Präventionsangebote zudem zielgerichteter machen. Dabei soll eine enge Zusammenarbeit mit dem durch den Berliner Senat initiierten dortigen Drug-Checking-Programm erfolgen.
- Die Präventionsangebote an Brandenburger Schulen sind derzeit unzureichend. Außerdem bezieht sich die Aufklärung über Gefahren von Drogenkonsum zurzeit zu oft nur auf Gefahren durch Tabakprodukte und Alkohol. Es muss flächendeckende Präventionsveranstaltungen und Schulungsprogramme durch Fachkräfte an Schulen geben. Dabei soll versucht werden, die Jugendlichen in ihrer jeweiligen Lebenssituation abzuholen. Deshalb müssen solche Angebote auf Augenhöhe mit den Schüler*innen stattfinden. Fachkräfte sollen angehalten werden, in solchen Angeboten Bevormundung der Schüler*innen zu vermeiden

und diese im Sinne mündiger Akteur*innen anzusprechen.

Die Programme sollen sich gezielt auch mit den Gefahren von weiteren Drogen, die in der derzeitigen Lebenssituation junger Menschen eine Rolle spielen wie Cannabis oder Ecstasy, beschäftigen.

Ein spezielles Problem in vor allem in Südbrandenburg sind die etwa 10.000 Crystal-Meth-Konsumenten, unter ihnen auch schwangerer, oft junge Frauen. Für diese Menschen wollen wir ein speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenes Präventionsprogramm schaffen. Neben niedrigschwelligen Angeboten zur Beratung wollen wir die Mechanismen verbessern, Betroffene sozial aufzufangen. Das wollen wir erreichen indem wir die Gründung von Selbsthilfegruppen unterstützen und die Lage der Angehörigen verbessern, sodass sie mehr Möglichkeiten zur Hilfeleistung haben. Für Kinder betroffener Eltern wollen wir engmaschige Betreuungs- und Hilfsangebote.

Für die medizinische Behandlung Crystal Meth abhängigen Menschen und besonders von abhängigen schwangeren Frauen ist aufgrund früher geringer Fallzahlen in deutschen Krankenhäusern und der ambulanten Versorgung wenig Erfahrung und Standardisierung vorhanden. Dem wollen wir durch die Unterstützung von Krankenhäusern, die sich auf solche Fälle spezialisieren, begegnen. Die Kommunikation und Interaktion zwischen medizinischer Versorgung, sozialer und präventiver Unterstützung wollen wir ebenso verbessern.

Die Substitutionsprogramme für schwer heroinabhängige Menschen sind ein großer Erfolg der Medizin. Wir stehen der Erforschung vergleichbarer Programme für von Crystal Meth abhängige Menschen daher aufgeschlossen gegenüber.

Menschen werden immer Substanzen mit potentiellen oder nachgewiesenen Gesundheitsrisiken konsumieren. Dass Tabak und vor allem Alkohol als Bestandteil unserer Kultur gelten, zeigt dies überdeutlich. Die Erforschung von Mechanismen die zu Sucht und Krankheit durch solche Substanzen führen, die Untersuchung von Nebenwirkungs/Schädigungsprofile, sowie die Suche nach neuartigen Substanzen mit potenziell geringeren Gesundheitsrisiken retten daher Leben.

Wir wollen uns daher für eine Forschung starkmachen, die unter kontrollierten Bedingungen stofflich uneingeschränkt forschen darf.

Erkenntnisse, wie die des „Independent Scientific Committee on Drugs“ und Untersuchungen in den USA in den 60ern und 70ern legen nahe, dass beispielsweise LSD oder MDMA (Ecstasy) enorme Potenziale für die Behandlung psychischer

Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg
Landesparteirat
am 1.04.2017 im Bürgersaal Kleinmachnow



Krankheiten wie Depressionen oder Posttraumatischen Belastungsstörungen haben.
Daher wollen wir den Weg ebnen für die Erprobung alternativer Behandlungsmethoden
mit dem Betäubungsmittelgesetz unterliegenden Substanzen.